

Waldschützer attackieren Regierung: Statt Hilfe pingelige Vorschriften

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald vermißt Engagement der Wiesbadener Politiker

Büdingen (V). Fehlendes Interesse und Unwissenheit über die Folgen der Jahrhundertkatastrophe wirft die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) Oberhessen der Landesregierung vor. Wahlkampf in der DDR sei offensichtlich wichtiger. Der Ministerpräsident kümmere sich um nichts, der Wetteraukreis und andere Schadgebiete sollten „zum Armenhaus verkommen“. Der anfängliche Elan der Förster, die Katastrophe in den Griff zu bekommen, ebbe langsam ab, da anstatt Hilfe pingelige Vorschriften und leere Versprechungen die Beseitigung der Schäden hemmt, so SDW-Sprecher Christian Lehmann.

Länder wie Bayern und Baden-Württemberg hätten längst gehandelt, Hessen sei das Schlußlicht. „Die Kommunen und privaten Waldbesitzer stehen vor dem finanziellen Kollaps.“ Den unbeschreiblichen Kosten für die Aufräumungsarbeiten stünden keine Einnahmen aus Holzverkauf gegenüber, da der Holzmarkt verstopft ist. Die Konservierung des Holzes scheitert an kleinlichen Vorschriften, die die Mini-

sterin angesichts der Notstandssituation nicht abzuschwächen in der Lage sei. Es werde wieder deutlich, daß die Forst-Ministerin Irmgard Reichhardt (CDU) sich sehr einseitig für die Landwirtschaft stark mache und das Forstwesen als fünftes Rad am Wagen ansehe.

Die Bestätigung sieht die SDW darin, daß trotz der erschütternden Waldverwüstungen in ihrem Wahlkreis sie sich

nicht blicken lasse und somit auch nicht beurteilen könne, wie die Menschen in diesem Raum mitleiden.

Die Dimension der Katastrophe übersteige bei weitem die Möglichkeiten des Kreises und müsse zur Sache von Land, Bund und EG gemacht werden.

Nach Ansicht der SDW muß es in Kürze zur „Nagelprobe kommen, ob den Sprüchen in punkto Umweltschutz und Umweltvorsorge Taten folgen“, oder wie in der Vergangenheit das Thema Wald eine stiefmütterliche Behandlung erfahre und die drängenden Probleme mit Ablenkungs- und Verwirrpolitik totgemacht werden. „Es ist höchste Zeit, daß die Ministerialbürokratie aufgeweckt wird, denn die Zeitbombe tickt schon,“ schließen die Waldschützer ihre Stellungnahme.

KA vom 15.3.80